

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“  
erschcint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Colporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich Mf. 3.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 7103.

Anzeigengebühren  
betragen für die fünfzehntägige  
Beitragzeit oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Breslau, Dienstag, den 5. März 1895.

VI. Jahrgang.

## Die neuen „Kulturmittel“.

die der Militarismus in Form von neuen Panzerschiffen erfordert hat, sind also vom Reichstage mit großer Majorität bewilligt worden. Freilich erst in zweiter Lesung, aber es ist nicht der geringste Zweifel daran, daß auch in dritter Lesung die gleiche Bewilligung ausgesprochen wird, selbst, wenn die agrarischen Kampfzähne, denen es mit der Erfüllung ihrer unerschöpflichen Forderungen nicht rasch genug gehen kann, so couragiert sein sollten, gegen die Bewilligung zu stimmen, was uns ganz ausgeschlossen erscheint.

Immer noch fehlt es an der notwendigen Deckung der Mehrausgaben, welche die große Heeresvermehrung von 1893 verurteilt hat. Man will zu diesem Zwecke dem Volke neue Lasten auferlegen durch eine wesentlich erhöhte Tabaksteuer und man plant weiter eine Biersteuer. Dazu verlangen die Junker zu Gunsten ihrer Tasche und auf Kosten des arbeitenden Volkes eine wesentliche Erhöhung der Getreibeiträge, sie verlangen, wiederum zum Schaden des Volkes, die Einführung der Doppelwährung und haben außerdem noch eine ganze Reihe anderer Wünsche, deren Erfüllung nur geeignet sein kann, die längst unerträglich gewordenen Lasten des armen Volkes noch immer weiter zu vermehren.

Und dazu kommen nur noch die ungeheuren Ausgaben, welche die neue Schlachtflotte erfordert, die sich im Laufe einiger Jahre auf mehr wie hundert Millionen Mark stellen werden. Wenn es nach der Marineverwaltung und nach dem Willen, der diese regiert, ginge, würde die Sache allerdings noch sehr viel kostspieliger werden. Nach Herrn Staatssecretär Hollmann müßte nun ein frisches und fröhliches Bauen von Panzerschiffen geschehen, damit wir um jeden Preis nicht nur die erste Streitmacht zu Lande, sondern auch die erste Seemacht werden und stolz mit einer großen Schaar der auserlesenen Schlachtschiffe allen anderen „Culturnationen“ vorangehen und ein glänzendes Bild patriotischen Eifers und Opfermuthes bieten. Ja, Opfermuthes! Die eifrigen Herren müssen denken, daß sowohl der Geldbeutel, wie auch die Geduld des deutschen Volkes schier unerschöpflich sein werden. Die Frage, woher denn all diese ungeheuren Summen kommen sollen, scheint den Deutschen gar keine Sorge zu machen, die Frage ist vielmehr längst entschieden: Das Volk muß und soll zahlen, wie es immer gezahlt hat und weiter zahlen wird.

All die patriotischen Leute, die den Mund nie voll genug nehmen können, wenn es sich darum handelt, dem Militarismus neue Opfer in den unerlässlichen Mägen zu werfen, die die allerschönsten Phrasen, drechseln von der Liebe zum Vaterlande, der Opferwilligkeit und Selbstverleugnung, welche diese Liebe jedem ehrlichen Deutschen zur heiligen Pflicht machen, sie wissen wohl stets neue und immer größere Summen „zur Vertheidigung des Vaterlandes“ zu bewilligen, sie wissen aber eben so gut immer sich und ihre Klassengenossen zu schonen, wenn es gilt, die Deckung für diese ungeheuren Ausgaben zu finden.

So lange das „Umsatzgesetz“ noch nicht zur Thatfache geworden, kann man ja die Fragen, wer den Nutzen von der immer weiteren Entwicklung des Militarismus hat und wer die Kosten desselben bezahlt, noch einer Erörterung unterziehen, später aber wird auch das kaum noch möglich sein, dann wird es einfach für die große Masse des Volkes heißen: Steuern zahlen und Maul halten!

Ueber die Bewilligung der neuen Marineforderungen wird sich am meisten freuen der Kanonenkönig Krupp, der bei der Geschichte wieder das beste Geschäft macht, trotz seiner angeblichen Uneigennützigkeit.

Er hat wieder neue, festere Panzerplatten anfertigen lassen, deren Herstellung sein Geheimniß ist und die theurer zu stehen kommen als die bisher gelieferten; es macht dies nach einer Berechnung der „Freif. Btg.“ etwa 1 1/2 Millionen Mark per Schiff aus. Daß die Krupp und Genossen für eine „deutsche Weltmacht zur See“ schwärmen, ist daher ebenso begreiflich, wie daß die großen Rheder und Exporteure in der Schaffung einer großen Schlachtflotte „die schönste Zukunft Deutschlands“ sehen. Alle diese Leute finden ihre Rechnung dabei.

Wenn andererseits aber so oft behauptet wird, daß die deutschen Arbeiter die Neuschöpfungen der Marine mit Freuden begrüßen müßten, weil auf den Werften und in den Hüttenwerken für zahlreiche Arbeiter Beschäftigung geboten werde, so erlauben wir uns demgegenüber zu bemerken, daß diese Freude nur eine sehr relative sein kann. Man kann in einzelnen Fällen sehr damit einverstanden sein, wenn der Staat durch irgend eine Unternehmung zahlreichen Arbeitslosen Beschäftigung gewährt. Aber dann muß wenigstens die Garantie vorhanden sein, daß das Unternehmen einen productiven Zweck hat und daß das

durch die aufgewendeten Mittel in anderer Form wieder ersetzt werden. Dies ist aber bei den Marinebauten nicht nur nicht der Fall, sondern dieselben ziehen immer weitere Forderungen nach sich.

Mit den hundert Millionen Neuaufwand werden allerdings eine Anzahl Arbeiter beschäftigt, denen wir dies an und für sich gewiß herzlich gönnen. Allerdings hat man nicht einmal eine Garantie, daß dabei lauter einheimische Arbeiter verwendet werden. Aber die hundert Millionen müssen aus den Taschen sämtlicher Steuerzahler genommen werden, und sogar die neubeschäftigten Arbeiter selbst müssen ihr Theil daran tragen. Und davon wird dann nur ein Theil in Arbeitslöhnen ausgegeben, gegenüber denen, wie immer, die Profite der Privatunternehmer, die sich betheiligen, ungemein groß sind. Volkswirtschaftlich kann eine solche Unternehmung nicht als gewinnbringend bezeichnet werden. Es ist, mit Liebig zu reden, wie wenn man eine Kuh mit dem Fleisch füttern wollte, das man ihr von den eigenen Rippen herunterschneidet.

Und als Resultat des Ganzen schwimmen dann einige Eisenkolosse auf dem Meere, deren Unterhalt große Summen verschlingt; die umgebaut werden müssen, sobald Jemand wieder verbesserte Schiffsgeschütze und Torpedos erfindet und die schließlich „alte Kasten“ werden, wenn die Technik wieder eine neue Bahn betritt. So kann derjenige, welcher unserem so schwer bedrückten Volke nicht noch neue ungeheure Lasten aufbürden will, das Marine-Project in seinen Anfängen nur nach allen Richtungen hin verwerfen.

Man muß auch gleich den Anfängen widerstehen, wenn man nicht auf eine abschüssige Bahn gerathen will, denn so hoch auch gleich die erste Forderung von hundert Millionen ist, so wird das dicke Ende doch erst nachkommen, wenn die Grundlage zu einer großen Schlachtflotte gelegt ist. Und auf eine solche ist es abgesehen, das haben die Ausführungen der Marineschwärmer in der Budgetcommission und bei anderen Gelegenheiten auf das deutliche bewiesen. Deutschland aber ist nicht im Stande, diese geradezu abenteuerlichen Projecte zu vollführen, wenn es nicht finanziell vollständig zu Grunde gerichtet werden soll.

Wir Socialdemokraten könnten uns auf den Standpunkt stellen, ruhig und hohnlächelnd zuzusehen, wie die herrschenden Klassen und Kreise das deutsche Reich durch immer schwerere Lasten sicher zu Grunde richten werden und so mit unfehlbarer Gewisheit den

## Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Der Herr Baron läßt seinen Lippen langsam einige knappe Worte entgleiten wie wertvolle Perlen, von denen er sich nur schwer trennen kann. Er nimmt Albary auf's Wärmste in Schutz und erklärt feierlich, daß der Angeklagte unzweifelhaft in gutem Glauben gehandelt habe.

„Würde der Herr Baron uns auseinanderlegen, welche Rolle er selbst in der Phosphatgesellschaft gespielt hat.“

Der Herr Baron antwortete, das Unternehmen sei im Anfang vorthellhaft gewesen, da er doch selber daran theilhaftig gewesen sei. Ein discretos Lächeln der Zuhörer stellt die Bedeutung dieses Geständnisses in das richtige Licht. Er fährt fort: es sei immer gut gegangen, so lange er an der Spitze war, indeß sei die Mine wie alle Minen nicht unerschöpflich gewesen. Als er sich von der Direction zurückgezogen, habe er den Actionären einen Wink gegeben, der auch von einigen verstanden worden sei. Er bedauere, daß die anderen Theilnehmer noch an einem Unternehmen festgehalten hätten, das schon alles hergegeben hatte, was es hergeben konnte. Aber er sei in seinem Gewissen auch zu der Ueberzeugung gelangt, daß man, weil die meisten die Sache nicht ganz übersehen konnten, einen so schleunigen

Zusammenbruch nicht erwarten konnten, daß also Albary nicht schuldhaft sei als der arme Pressuere, dessen zweifelhaften Entschluß er nicht genug bedauern könne.

Während der Präsident dem Herrn Baron für die so lichtvollen Auseinandersetzungen, die er dem Gerichtshof gegeben, dankt, halt der alte Beamte die Fäuste und stößt dumpfe Verwünschungen aus. Durch ihn dazu veranlaßt, bittet der Anwalt der Kläger den Präsidenten, dem Zeugen die Frage vorzulegen, warum auf der Liste der Actionäre sich Namen von Leuten befänden, die nichts besäßen. Dem Zeugen scheint diese Frage zu mißfallen. Einen Augenblick blüht so etwas wie Unruhe oder Zorn in seinen erloschenen Augen. Dann fällt ihm ein, es wäre das Beste, den Fragesteller hoch zu nehmen, und mit erzwungener Trockenheit erwiderte er, daß der Director einer Actiengesellschaft weder ein Inquisitor noch ein Beamter der Geheimpolizei sei; daß er nicht immer die Herkunft der ihm übergebenen Fonds habe controliren können, daß überhaupt jedes Geschäft unmöglich sei, wenn man sich immer vorher vergewissern müßte, wieviel Vermögen die Leute in Wirklichkeit besäßen, welche sich daran betheiligten. Da der Präsident weiter keine Frage an ihn richtet, grüßte er den Gerichtshof mit einer kurzen Verbeugung, nicht dem Rechtsanwalt Allyn freundschaftlich zu und geht friedlich hinaus.

Nachdem er gegangen ist, scheint das Interesse an der Verhandlung nachzulassen. Die Zeugen werden nach einander in rein mechanischer Weise und möglichst schnell verhört. Der Präsident, der die Aufmerksamkeit

nicht ermannen lassen will, beeilt sich, Allyn das Wort zu ertheilen.

Der kleine Mann hat eine kräftige, angenehme Stimme, welche die Hälfte seines Erfolges ausmacht, so gut versteht er es, sie bald wie Donner erdröhnen, bald wie ein Violoncello zittern zu lassen. Die andere Hälfte seiner Triumphe verdankt er seinem besonderen Talent, die Hauptfragen nicht zu behandeln. Das Abschweifen von dem eigentlich zur Verhandlung stehenden Thema ist bei ihm zum Grundsatz geworden. Er hat nicht seines Gleichen in der Kunst, die Debatte auf ein anderes Gebiet hinüber zu spielen. Bei ihm muß man immer auf unvorhergesehene Dinge, auf Ueberraschungen gefaßt sein.

Seiner Gewohnheit nach hätte er sich auch heute, auf die Sache selbst einzugehen. In bewundernswürdiger Weise geht er über die Thatfachen weg, er spart er seinen Zuhörern die Langeweile, Zahlenreihen mit anhören zu müssen. Er erhebt sich vielmehr, wie er sich ausdrückt, zu moralischen und philosophischen Betrachtungen über den Fall. Auch er beklagt zweifellos die Actionäre, die aus allen ihren Himmeln gefallen seien und dabei ihr Vermögen verloren hätten. Seine Worte drückten Bedauern aus über diese Unglücklichen und besonders über ihre Familien, die nun noch zu beklagen und zu herben Leiden der Armut zu erdulden hätten. Aber er müsse andererseits auch fragen, ob schließlich nicht diejenigen, welche ihre Capitalien in so gewagten Unternehmungen, wo ihnen das Mittel zu einer ausreichenden Ueberwachung fehlt,

balbigen Krach herbeiführen. Aber wir werden uns nicht auf diesen Standpunkt stellen, wir werden im Gegentheil mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft immer und immer darauf hinwirken, nicht nur die Lasten von dem schwer bedrückten Volke fernzuhalten, sondern diese Lasten überhaupt immer weiter zu verringern, zum Wohle wahrer Cultur!

### Politische Rundschau.

Die Umsturzvorlage oder das großbürgerliche Tobwaboju, so könnte man den fürchterlichen Wirrwarr, worin sich die Gewaltthäter befinden, wohl am kürzesten bezeichnen. In gutgefunnten Blättern ließ man, daß der Kaiser deshalb sofort nach seiner Rückkehr von Wien, unmittelbar vom Bahnhof aus, zum Reichskanzler Fürsten Hohenlohe fuhr, weil er erst durch ausführliche und ungeschminkte Mittheilungen, die ihm in Wien geworden seien, von der weitgehenden Aufregung Kenntnis erhalten habe, die selbst in monarchisch gesinnten Kreisen der Bevölkerung über die berücksichtigten Abänderungsvorschläge des Centrums in der Umsturzcommission herrscht. Eine Rundgebung der Regierung bezüglich ihrer Stellung zu dem Treiben der Dunkelmänner solle unmittelbar bevorstehen. Das scheint eine Wiederholung der Vorgänge beim Jeddäischen Schulgesetzentwurfe geben zu sollen. Und weiß der Kaiser nichts von der tiefgehenden Entrüstung, die die ganze Arbeiterschaft seit Monaten beherrscht? Gelten Millionen deutscher Arbeiter nichts gegenüber der handvoll Bourgeois-„Intelligenz“, die nun aufbäumt, da sie ihr eigenes Interesse und ihre eigene Freiheit bedroht sieht, und die zwölf Jahre schmächtlichen Ausnahmegesetzes, das sie verschonte, mit Ruhe ertragen hat?

Gegen die Umsturzvorlage. In Berlin hat sich gegenüber der sogenannten Umsturzvorlage ein Comité zum Schutz des bestehenden Rechts constituirt und eine Centralstelle für alle Rundgebungen bezüglich der Umsturzvorlage begründet. Mittheilungen über Versammlungen, Resolutionen, Petitionen u. dergl. werden dort mit Dank entgegengenommen und verwertet. Die Centralstelle befindet sich Charlottenburg-Berlin, Rueschbeckstraße 94. Adresse: Dr. R. Penzig, Schriftsteller.

Der Jammer der „Nationalliberalen Correspondenz“ über das Ergebnis der Erstwahl in Schwab- und Schmalfalden ist herzerbrechend. Die Nährmutter der verlogenen Blätter Deutschlands schreibt unter Anderem:

Auf dem Lande wurde nur schwach gewählt und man wurde sich dort der wirklichen Gefahr nicht bewußt, gegen die man den Kampf pflichtmäßig hätte führen sollen. Der Schaden ist nun angerichtet: es kommt zu einer Stichwahl zwischen Socialdemokraten und Antisemiten, wobei der letztere keine Aussicht mehr hat, den Besitzstand seiner Partei zu erhalten. Die Freisinnigen sind gewillt, geschlossen für den Socialdemokraten einzutreten, und diesem Bündnisse gegenüber werden sich die Kräfte, über welche Herr Zerkant in der Stichwahl am nächsten Falles verfügen kann, als zu schwach erweisen. Der 47. Socialdemokrat steht,

wie wir befürchten, dem Reichstag als unvermeidlicher Zuwachs bevor.

Repressivmaßregeln gegen die deutsche Zuckersteuer-Politik. Die drohende Gefahr, daß durch weitere Begünstigungen der deutschen Zucker-Industrie die Concurrenz Deutschlands auf dem Zuckermarkte noch gefährlicher werden dürfte, veranlaßt die anderen Staaten zu Abwehrmaßregeln. Charakteristisch hierfür ist die Thatsache, daß, nachdem vor einigen Tagen im französischen Parlamente die Frage erörtert wurde, fast gleichzeitig aus Oesterreich, Dänemark und den Vereinigten Staaten hierauf bezügliche Nachrichten kommen. Dieselben lauten:

In der heutigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses beantragte Graf Deym angelehnt der Zuckerkrise die Einberufung einer Enquete, welche den Interessen der Zuckerfabrikanten einerseits und der Rübenproduzenten andererseits Rechnung tragen soll. Im dänischen Folkething brachte der Finanzminister eine Gesetzesvorlage ein, durch welche provisorisch vom 1. April 1895 bis 1. April 1896 der Zuckerzoll von 6 resp. 3 auf 6 1/2 und 3 1/2 Dore per Pfund für raffinierten und Rohzucker erhöht und die inländische Zuckersteuer von 2 1/2 auf 2 Dore per Pfund herabgesetzt wird. Die Legislatur von Nebraska hat einen Antrag angenommen, den Rübenzucker-Produzenten in Nebraska eine Prämie von 5 Dollars per Tonne zu zahlen.

Die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe. Die preussischen Verwaltungsbehörden sind, wie wir dem „Local-Anzeiger“ entnehmen, angewiesen worden, unverzüglich mit den für die Durchführung der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe erforderlichen Vorarbeiten zu beginnen. Es sollen vor allen Dingen Ermittlungen stat. finden, um bereits vor dem 1. April diejenigen Gewerbe festzustellen, denen auf Grund des § 105e der Reichsgewerbeordnung Ausnahmen von dem vollen Verbot der Sonntagsarbeit zugestanden werden sollen. Dazu gehören: 1. Gewerbe, deren vollständige oder theilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen besonders hervorragender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist; 2. Betriebe, die ausschließlich oder vorwiegend mit durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten. Um nach einer gegebenen Anweisung eingehend begründete, das Bedürfnis nachweisende Vorschläge über die zu bewilligenden Ausnahmen machen und weiter angeben zu können, in welcher Weise den in der Ausführungs-Anweisung gestellten Bedingungen (Eintritt von Ruhepausen an Stelle der an Sonntagen geleisteten Arbeit) entsprochen werden kann, ist es erforderlich, sämmtliche selbständige Fleischer, Bäcker, Coeditoren, Kunst- und Handlungsgärtner, Barbier, Friseur, Besitzer von Bademitteln, Bierbrauer, Photographen, Garfächer und Besitzer von durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken einzeln protocollarisch zu vernehmen. Nach diesen Bemerkungen scheint also das Ausnahmegesetz noch weitmaßiger gemacht zu werden.

Die Nachwahl im Kreise Senneper-Nettmann, dessen unserem Genossen Meiß erteiltes Mandat

megen unzulässiger Wahlkreisgeometrie für ungültig erklärt ist, scheint ein ziemlich getreues Spiegelbild von dem Kampfe unter den Parteien und Parteilichen in Deutschland liefern zu sollen. Die Herren von der agrarischen Opposition vulgo Hochconservativen des Kreises wollen mit dem gemeinsamen Wuch-March nicht mehr mitmachen, sondern ihr Heil allein versuchen. Sie hatten mehrere Zusammenkünfte in Eberfeld und auch die teutlichsten der Deutschen, die Antisemiten, dazu geladen, weil sie voraussetzten, daß diese mit der schwarzen Reaction durch Dick und Dünn marchiren. Die Verhandlungen führten dazu, daß der Gutspächter Kemmann aus dem Nettmanner Kreise als Candidat nominirt wurde. Diese Candidatur war nicht nach dem Herzen der handvoll Antisemiten und diese wollen sich noch eine Extrawurst gönnen und einen eigenen Candidaten aufstellen. Genannt wurde schon der Professor Wendland in Remscheid. Die Conservativen und Agrarier tragen sich mit großen Hoffnungen, sie wollen der nationalliberalen und freiconservativen Partei von Beschlüssen Mittheilung machen und damit die Bitte verbinden, den Candidaten in derselben Weise zu unterstützen, wie früher der nationalliberale Candidat von ihnen unterstützt worden ist. Ferner soll an die Handwerkerverbände und die christlichen Arbeitervereine dieselbe Bitte gerichtet werden, da ein Mittelsmann-Candidat auch ihre Interessen vertritt. Sodann soll allen Ordnungsparteien vor Eintritt in die Wahlbewegung eine Abmachung dahin vorgeschlagen werden, daß im Falle einer Stichwahl die betreffenden Wahlcomitees ihren Parteigenossen dringend empfehlen, dem Candidaten ihre Stimme zu geben, der gegen den socialdemokratischen Candidaten eventuell in die Stichwahl kommt. Die „Eberfelder Zeitung“ hatte so etwas vorausgesehen und daher vorgeschlagen, daß aus dem „liberalen Lager“ ein Candidat vorgeschlagen werde, der es ermöglichte, daß die nationalliberale und freisinnige Partei gemeinsam ihre Stimmen auf dessen Namen vereinigen könne, um den Socialdemokraten den Wahlkreis zu entreißen. Von einer solchen Candidatur verlautet noch nichts. Es ist nur gut, daß die Conservativen die „Eventualität“ einer Stichwahl mit den Socialdemokraten ins Auge gefaßt haben; wenn diese „Eventualität“ nicht eintritt, dann sind auch die „Abmachungen“ der „Ordnungsparteien“ gegenstandslos und ist der Socialdemokrat Meiß im ersten Wahlgange gewählt. An der Kampfesfreudigkeit unserer Genossen fehlt es nicht, diese Eventualität nicht eintreten zu lassen.

Aus der Schweiz wird der „Leipziger Volksztg.“ geschrieben: Die Agitation für die am 17. März zur Volksabstimmung kommende Verfassungsrevision im Canton Solothurn ist in vollem Gange. Es sind wichtige Fragen, um die es sich handelt, wichtig besonders auch für die arbeitenden Klassen des Cantons. Man will nämlich Einführung der Verfassungsinitiative, des „Proporz“ für den Cantonsrath und den Gemeinderath sämmtlicher größeren Gemeinden, sowie eines Steuergesetzes. Die Gesetzesinitiative besteht schon seit 1887; von nun an sollen aber 3000 Stim-

anlegen, nicht einigermaßen leichsinnig behandelt haben, ob sie dann, wenn sie der Frau Morgana einer hohen Dividende nachsagt seien, ein Recht hätten, für den Zusammenbruch ihrer chimärischen Hoffnungen Andere zur Verantwortung zu ziehen, ob sie nicht vielmehr den Spielern zu vergleichen seien, die wohl wissen, daß man nicht viel gewinnen kann, ohne viel zu wagen. Gewiß, man begreife den Kerger, man entschuldige die Aufregung der Verlierer. Aber, meine Herren, steht es ihnen zu, sich dabei an ihre Unglücksgefahren zu halten, die wie sie von Berlin getroffen wurden, durch den Mißerfolg des Unternehmens? Steht es ihnen zu, hier vor das Gericht einen Ehrenmann zu ziehen, dessen Rebligkeit im Geschäftsbetrieb Ihnen toeben noch bezeugt worden ist, einen Mann, den ihr Vertrauen vor wenigen Monaten fast einstimmig auf den Posten des Directors hob und dessen einziges Verbrechen darin besteht, daß er mit ihnen unirt worden ist? Sollte man hier das schändliche Wort: Rebe der Besiegten! wiederholen müssen, sollte dieses ehorne Gesetz aus den Zeiten der Barbarei auch hier Anwendung finden? Soll man hier, um eine ganz unbedeutende Erbitterung zu befrichtigen, Katastrophe auf Katastrophe häufen? Ist es nicht genug, daß ein ~~Wahrscheinlich schon für die~~ — ~~Umsicht der andern~~ ~~gehört hat?~~ Soll man eine neue Unthat begangen werden, welche sie mit dem Tode gefüllte noch übertrifft?

Man wurde hier durch ein heiliges Gewerbe ~~entzogen, das dem Kinde gleich, der durch die~~

Lauren führt. Die jungen Rechtsanwälte, die Börseanten und Journalisten finden in dieser gänzlich unvorbereiteten Argumentation eine gewisse pikante Würze. Die actionäre lächeln niedergeschmerzt. Nur der alte Berner manuelle Verwünschungen durch die Zähne.

Der Berner fährt fort. Seine Stimme klingt plötzlich tief und schmerzbeugt.

„Ich wollte, meine Herren, ich hätte der Gegenpartei meines Gutes nichts weiter vorzusetzen, als ein ungerechtes und übertriebenes Verlangen nach Rache, das einer geheimen Fregung des menschlichen Herzens entspringt. Es ist so angenehm, wenn man das Gewicht der gemeinsam begangenen Fehler auf die Schultern Einzelner fallen lassen kann! Unglücklicherweise hat dieser natürliche Wunsch sie zu Handlungen verleitet, die ich mir als tief bedauerliche zu bezeichnen erlaube. Sie haben sich nicht geübt, die niedrigen Leidenschaften, den Klumpfuß anzuschauen, meine Herren. Sie haben sich nicht geübt, zu Beleidigungen, Schmähungen, und Drohungen zu greifen, ohne Zweifel in der Absicht, dadurch auf das Gericht einen Druck auszuüben.“

Der Berner macht eine Pause, dann hält er mit einer Bewegung der dem Kermel seiner Loge eine ~~malische Größe gibt, ein Zeitungsbild hoch.~~

„Ich bitte den Gerichtshof um Verzeihung,“ ruft er, „daß ich in dieser Heiligung der Zeit ein Blatt mitbringe, das keinen anderen Zweck zu haben scheint als den, den Haß unter den Bürgern zu schüren. Ich weiß, daß den Declamationen und tollen Aufregungen

dieses Blattes eigentlich nicht die Ehre widerfahren dürfte, in diesen Mauern gehört zu werden. Aber die heiligen Interessen der Vertheidigung zwingen mich, Brände zu verlesen, deren Hochachtung für mich stets heilig war.“

Das Blatt, das Sie hier sehen, ist die „Sociale Revolution“ vom 10. April dieses Jahres. Es enthält einen Artikel: „Ein neuer Diebstahl der capitalistischen Großgäuner an der Börse.“

In der eleganten Sprache dieser Herren sind mit den capitalistischen Großgäunern die Vertreter der Großfinanz gemeint. Nach einem Bericht der Thatsachen, die wir bereits kennen und die uns der Herr Staatsanwalt so klar aufzählte, einem Bericht, der von Anschuldigungen gegen die letzten Administratoren wimmelt und der mit Schmähungen hochgestellter Persönlichkeiten gespickt und unterzeichnet ist von einem Manne, der — es thut mir leid, es sagen zu müssen — der von den Actionären gewählt wurde, um sie zu vertreten, folgt, was ich jetzt verlese:

„Dann wird Frankreich diese Blätter ab-schütteln? Die Monarchie hatte Blut- und Feuergerichte (chambres ardentes — eigentlich brennende Kammern), um die diebstahligen, vollgestopften Pächter zu zwingen, das, was sie zuviel verschlungen hatten, wieder von sich zu geben. Es ist hohe Zeit, daß die Republik ihrerseits den Ruf erhebt: „Auf, gegen die Capitalisten! Nieder mit den Spitzhüben!“ Warten wir doch, daß das verfaulte Richterthum, das wir be-sitzen, der Reinigung ist, das Volk sei dazu da, be-

berechtigte auch den Erlaß, die Aufhebung oder Abänderung von Verfassungsartikeln verlangen dürfen. Dieses Verlangen, entweder in Form einer Anregung oder eines Entwurfes, soll dann zur Volksabstimmung gebracht werden. Dieser Punkt der Verfassungsrevision wird am wenigsten angefochten, desto mehr die beiden anderen, die Einführung des Proporz und das Steuer-gesetz. Im Canton Solothurn hat in Folge des heutigen Modus der Vertretung die „freisinnige“ Partei die Herrschaft vollständig in Händen, daß sie sich daher gegen den Proporz wehrt, ist selbstverständlich. Allein, da nicht nur die Socialdemokraten, sondern auch die Conservativ-Ultramontanen ein Interesse an der Einführung desselben haben, dürfte er aber auch in der Volksabstimmung Sieger bleiben. Auch das Steuer-gesetz hat viele Gegner. Bis heute hat der Canton Solothurn keine directe Steuer: die Versuche, die 1868, 1874, 1879 und 1893 zur Einführung einer solchen gemacht wurden, scheiterten. Der Selbstschuttpatriotismus hat natürlich ein sehr großes Interesse daran, den bestehenden Zustand zu erhalten und die öffentlichen Lasten auch fernerhin von den arbeitenden Klassen tragen zu lassen. Das zur Volksabstimmung kommende Steuer-gesetz setzt als nichtzubezweckendes Vermögensminimum 3000 Franken, als Existenzminimum für Solothurn 200 Franken, für Verbräthete 900 Franken fest. Für jedes Kind unter 18 Jahren dürfen zum Existenzminimum überdies je 100 Franken zugeschlagen werden. Die Besteuerung des Vermögens geschieht zu 5 Procent, die des Einkommens zu 1 Procent. Daß diese Verfassungsrevision im Interesse des größten Theiles des Volkes liegt, ist unbestreitbar. Ob das Volk aber sein Interesse zu wahren versteht?

Mit der Abdankung des Königs von Belgien wird erneut gedroht, für den Fall der Ablehnung der Annexion des Congo-Staates. Das Blatt „Le Matin“ veröffentlicht einen Leitartikel über die beabsichtigte Abdankung des Königs Leopold, in welchem es u. A. heißt, daß in einer der letzten Ministerrathssitzungen der Ministerpräsident dem König mitgeteilt habe, daß man dem Gesetz, betreffend die Annexion des Congo-Staates, wenig Sympathieen entgegenbringen und daß das Ministerium bei dieser Frage wahrscheinlich zu Fall kommen werde. Der König habe darauf geantwortet, wenn das Gesetz von der Kammer verworfen werden sollte, werde nicht das Ministerium, sondern er, der König, gehen. Erfolg wird die Drohung schwerlich haben; wenn König Leopold nicht mehr mithun will, dann wird sich leicht ein Anderer für den freiwerdenden Königs-thron finden, wenn Belgien es nicht vorzieht, sich ohne König zu behelfen, was ja sehr gut geht. Uebrigens wird König Leopold sich hüten, seine Drohung wahr zu machen. Zu seinen Congo-Staats Actien noch die Civilliste dranzugeben, das dürfte ihm kaum einfallen. — Unter den gegebenen Verhältnissen steht denn auch das Cabinet sehr wacklich. Der „B. Btg.“ wird berichtet: Die Tage des Ministeriums De Burlet sind gezählt; seine großen Vorlagen fallen in das

stohlen zu werden. Aber Geduld! Am Tage der großen Wäsche werden wir uns daran erinnern. . .“ Meine Herren, durch solche Mittel magt man den Gerichtshof einzuschüchtern, magt man ihm sein Urtheil vorzuschreiben. Durch ein derartiges Vorgehen, wie es in der Schreckenszeit nicht ärger gewesen sein kann, verächtigt man die Richter, schließt man auf ihre Meinung den Angeklagten gegenüber, über welche das Gericht noch nicht einmal geurtheilt hat. Aber, ich sage es laut, wir hegen soviel Vertrauen zu dem Muth und der Gerechtigkeit des Gerichtshofes, um sicher zu sein, daß dieses bedauerliche Vorgehen ihn entlasten wird, ohne ihn zu beunruhigen und ihn mit lauernder Verachtung erfüllen wird, ohne ihn im Uebrigen für oder gegen unsere Gegner einzunehmen, so daß er jene eble Unparteilichkeit walten lassen wird, welche im französischen Richterstande Ueberlieferung ist.

Die Journalisten und die jüngeren Rechtsanwälte fühlen sich versucht, über diese Tirade zu lächeln. Sie sind eben nicht mehr recht in de siècle (neumodisch). Aber sie thut trotzdem noch ihre Wirkung. Sie gefällt den anwesenden Börseanern, denen sie in ihrer Angst vor dem revolutionären Geist schmeichelt; sie mißfällt den Richtern nicht, denen sie in ihrer Eitelkeit schmeichelt. Die erschrockenen Actionäre begreifen nicht, durch welche Taschenspielerkunststück sie auf einmal aus Angeklagten zu Angeklagten geworden sind. Andree, der über den wohlgezielten Seitenhieb noch ganz außer sich ist, bespricht lebhaft und leise die nächsten vorzunehmenden Schritte mit dem Rechtsanwalt.

(Fortsetzung folgt.)

Wasser. Das von ihm eingebrachte neue Gemeinde-wahlengesetz befriedigt auf keiner Seite; die Christlich-Socialen, die katholischen Arbeiter, die Liberalen, Radikalen und Socialisten lehnen es rundweg ab und die katholische Rechte kündigt bereits Gegenvorschläge an. Das Organ der Arbeiterpartei „Das Volk“ schreibt heute: „Wir bereiten uns zu einem entschlossenen Widerstande vor ohne Prahlerei, aber auch ohne Schwäche, fest entschlossen, uns nicht ein Recht rauben zu lassen, welches wir mit so vielen Kämpfen, Opfern und Leiden errungen haben. Unsere Gegner wissen, daß wir die Drohungen, welche wir aussprechen, zur Ausführung zu bringen wissen.“ Nicht besser sieht es mit den afrikanischen Vorlägen aus. Das Ministerium hatte auf gestern die Rechte zusammenberufen, um sie für die Bewilligung des Zuschusses von 10 Millionen Francs für die Congo Eisenbahn günstig zu stimmen. Der Ministerpräsident und der Finanzminister sprachen sich dringend für die Bewilligung aus, aber nicht ein einziger Deputirter stimmte ihnen zu. Die Deputirten Gelleputte, Nyssens, Colaert, Hemelaers-Fievez, der Blamensführer Coremans erklärten rundweg, daß sie auch nicht einen Pfennig bewilligen würden. Der Generaldirector der Congo-Eisenbahn Major Thys habe öffentlich erklärt, daß die Gesellschaft gar keine Staats-hilfe brauche; man möge sie ihrem Schicksal überlassen. — Nach neueren Meldungen hat denn auch die Regierung, um eine sichere Niederlage zu vermeiden, die Zurückziehung der einen Zuschuß für die Congo-Eisenbahn fördernden Vorlage beschlossen.

Ueber den Ausbau der englischen Fabrik-gesetzgebung verhandelte in diesen Tagen das Unterhaus. Es wird darüber berichtet:

Lord Asquith legt die Novelle zum Fabrik-gesetz vor. Der Zweck der Vorlage sei, billige Bedingungen der Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schaffen. Die Bill behandelt unter anderem Ueberfüllung der Fabriken und Werkstätten, verbietet, daß Kinder und junge Personen in Bewegung befindliche Maschinen reinigen, sie enthält ferner Bestimmungen über das sogenannte „Schwitzsystem“, verbietet die Ueberstundenarbeit für Personen unter 18 Jahren und schränkt die Ueberzeit für Arbeiterinnen ein. In Fabriken beschäftigte Kinder dürfen keine Arbeit nach Hause nehmen. Junge männliche Personen und Arbeiterinnen, die ihre volle Zeit in Fabriken arbeiten, dürfen keine Arbeit nach Hause mitnehmen oder nach der Tagesarbeit im Laden beschäftigt werden. Das Alter für die Zulassung von Kindern zur Fabrikarbeit wird nicht, wie die Berliner Conferenz vorgeschlagen, von 11 auf 12 Jahre erhöht; indessen erklärt Aldner, gegen eine etwa von anderer Seite vorgeschlagene Erhöhung würde er nichts einwenden; er habe von einer Erhöhung nur abgesehen, um nicht streitige Fragen in die Bill zu bringen. Die Bill dehnt das Fabrik-gesetz auf Wäschereien, Docks, Werften, Quays, Gebäude, in welchen Maschinen verwendet werden, und auf Dachhäuser aus. Die erste Lesung wurde nach mehrstündiger Debatte angenommen. Im Laufe der Debatte über die Fabrik-gesetz-Novelle erklärte Gort, er werde in der Specialdebatte einen Paragraphen zur Erhöhung des Alters für die Zulassung der Kinder zur Fabrikarbeit beantragen und sprach die Hoffnung aus, die Regierung werde den Antrag annehmen. Die nächsten Redner sprachen sich anerkennend über die Vorlage aus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte Lord Asquith erste Lesung der Novelle zum Gesetze betreffend die Vergütung der Arbeitnehmer durch Maaten. Die Vorlage bestimmt, daß Abzüge von Löhnen für Straf-gelder, Material, Werkzeuge u. s. w. in Zukunft gesetz-widrig, auch nicht gerichtlich eintreibbar seien, wenn sie nicht in einem schriftlichen, vom Arbeiter unterzeichneten Contract zwischen Brotherrn und Arbeiter vereinbart sind. —

Die Krise in Norwegen schwebt noch immer und hat sich neuerdings noch verschärft. Der König forderte das radikale Ministerium auf, sein Entlassungs-gesuch zurückzunehmen. Die Minister lehnten den Wunsch des Königs ab, so lange derselbe auf seinem einseitig schwedischen Standpunkte beharrt. Hierauf berief der König den gemäßigt liberalen früheren Ministerpräsidenten Sverdrup, um ihm die Bildung des Ministeriums zu übertragen. Aber auch hier fand der König Widerspruch, denn Sverdrup, der sich wohl bewußt ist, daß er im Falle der Annahme ein Spiel-ball der Radikalen sein würde, dankte für die Ehre. Man glaubt nun an die Auflösung der Stortings und die Ausschreibung von Neuwahlen. Abern dürfte das die Situation aber kaum.

### Gegen die Tabaksteuer.

Zur Kritik der Tabaksteuer-vorlage und ihrer Wirkungen hat auch die officiöse „Berliner Correspondenz“ des Ministers v. Köller einen Beitrag geliefert, freilich einen unfreiwilligen. Das Ministerorgan bringt folgende Mittheilung:

„In Folge der nothwendig gewordenen Herabsetzung des Betriebes in den militärischen Fabriken zu Spandau hat während der letzten Monate eine größere Zahl Arbeiter, sowohl handwerksmäßig ausgebildeter, als auch ungelerner, entlassen werden müssen. Weitere Arbeiterentlassungen stehen für das nächste Frühjahr bevor. Auch bei den militärischen Fabriken zu Siegburg im Rheinland kommt im künftigen Frühjahr eine größere Anzahl solcher Arbeiter aus dem erwähnten Grunde zur Entlassung. Um diese Arbeiter möglichst vor Noth zu schützen, hat der Minister des Innern die Oberpräsidenten angewiesen, in geeigneter Weise auf die Stadtgemeinden ihrer Provinz, insbesondere die größeren, dahin einzuwirken, daß auf diese Arbeiter, wenn sich dazu Gelegenheit bietet, bei der Verwendung von Arbeitskräften innerhalb der städtischen Betriebe soviel wie möglich Rücksicht genommen wird. Die Direction des Feuerwerkslaboratoriums in Spandau hat Auftrag erhalten, für sämtliche militärischen Fabriken daselbst den Nachweis der entlassenen und noch zu entlassenden Arbeiter der verschiedenen Hand-werkzweige zu übernehmen und auf Erfordern denjenigen Stellen, welche Arbeiter einzustellen beabsichtigen, entsprechende Auskunft zu ertheilen. Den gleichen Auftrag hat die Direction der Geschloßfabrik in Siegburg für die dortigen Fabriken erhalten.“

Die Aufforderung an die Stadtgemeinden, die von den militärischen Fabriken entlassenen Arbeiter zu übernehmen, wird kaum Erfolg haben, sintonmalen dieselben schon genug der Arbeitslosigkeit an ihrem Wege finden. Zudem sind die Militärbetriebe für die Gemeinden, wo sie sich angesiedelt haben, ein wahres Kreuz, weil der Fiskus wohl permanent wie zeitweilig Massen von Arbeitern heranzieht, die in Folge minimaler Bezahlung wenig steuerfähig sind, seinerseits aber zu den den Gemeinden daraus erwachsenden Lasten nichts oder wenig beiträgt. Doch davon abgesehen. Welchen Eindruck macht es, wenn die Staatsregierung für die von ihr entlassenen Arbeiter bei den Gemeinden um Arbeit bestellt, im gleichen Athemzuge aber durch die neue Tabaksteuer 30-40 000 Arbeiter auf die Straße zu setzen bereit ist. Daß unsere Finanzmänner am Staatsruder über diese drohende Katastrophe mit einigen leichten Redewendungen hinweg-schlüpfen möchten, um den staatlichen Säckel zu füllen, ist kein gutes Zeugniß für ihre socialpolitische Einsicht. Mit welchem Recht entrüsten sich aber dieselben Herren über die von den Cigarrenfabrikanten betonte Nothwendigkeit zahlreicher Arbeiterentlassungen, wenn der Staat selbst ebenso verfährt? Wollen die Herren für den Staat das Recht in Anspruch nehmen, noch hartziger zu sein, als die Privat-capitalisten?

In Verden (Hannover), im Mittelpunkt einer stark tabakindustriellen Gegend, hielt Dr. Heinrich Fränkel in einer von etwa 900 Wählern aller Parteien besuchten Protest-Versammlung einen Vortrag, welcher zu einer einstimmigen Annahme einer Resolution gegen die Tabaksteuer-Vorlage führte.

In Hamburg beschloß eine öffentliche Versammlung sämtlicher Cigarrenarbeiter Hamburgs die Ab-jendung eines energischen Protestes gegen die Tabakfabrikat-steuer an den Reichstag.

An den conservativen Reichstags-Abgeordneten Rieckhof-Böhmer haben die Tabakfabrikanten in Lippe die Aufforderung gerichtet, für die Verhinderung der Tabakfabrikatsteuer einzutreten. Es heißt in dem Anschreiben an den Abgeordneten: „Wir Fabrikanten und Arbeiter protestiren gegen solche verderbliche, in ihren Folgen verheerende Steuerpläne der Regierungen und bitten Sie, auf Grund der Ihnen überänderten Denkschrift des deutschen Tabakvereins sich ablehnend gegen diese verhängnis-volle Steuer zu verhalten. Wir würden mehrere hundert Arbeiter entlassen müssen; unsere Einrichtungen sind auf einen größeren Betrieb zugeschnitten, als er uns damit bleiben würde.“ An die Communalvorstände der beteiligten Ortschaften soll eine Denkschrift vorbereitet werden behufs Unterzeichnung und Ueberreichung an den vorerwähnten Abgeordneten.

Als weiteres Seitenstück zu der Resolution von Bünde, die die Entlassung von 20 000 Tabak-arbeitern ankündigte, bringt die „Neue Bad. Landesztg.“ die verbürgte Mittheilung, daß mehrere Cigarrenfabrikanten Mannheims sich gezwungen sehen, mit Ende März nicht weniger als 14 Fabriken in den Nachbardörfern Mannheims zu schließen, falls nicht in den nächsten Wochen das Scheitern der Tabaksteuer-vorlage außer Zweifel gestellt wird. Vielen Hunderten von Familienvätern steht also die Erwerbs-lostigkeit jetzt schon in bitterer Aussicht, Hunderte von Hand-werkern und Geschäftleuten werden einen Theil ihrer Kunden verlieren und in einem Duzend von Dörfern wird eine beträchtliche Steigerung der Armenlasten unaus-bleiblich sein.

Und das Alles nur, um den Militärmoloch zu füttern — und die Junker.

### Parteiangelegenheiten.

Der nächste internationale Arbeiter- und Gewerkschaftscongreß. Alle amtlichen Mittheilungen und An-tragen, betreffend den Congreß, sind zu adressiren an den Secretär des Vorbereitungs-Ausschusses, Mr. Thorne, Gas-workers' and General Labourers' Union, 144 Barking Road, London E.

Vom Dr. jur. G. Treves geht dem „Sonnabend“-nachstehendes Schreiben zu: „Seit einiger Zeit unternimmt es ein Invidium — Betrüger oder Spitz- gleichviel — sich unter meinem Namen G. Treves, früherer Redacteur des „Ordo del Popolo de Turin“, an die Redaktionen deutscher Parteiblätter heranzudrängen. Es ist meine Pflicht und liegt in meinem Interesse, die Parteigenossen hierdurch darauf aufmerksam zu machen, daß jener Herr ein ganz ge-fährlicher Schwindler sein muß, denn alle jene Gegenstände,



## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

51. Sitzung vom 4. März, 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Militäretats wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“, zu welchem der Antrag Auer (Soc.) betreffend Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und Einführung des Milizsystems vorliegt.

Abg. Liechtenacht (Soc.): Die Bürgerwehr hat sich nicht nur in der Schweiz und Amerika, sie hat sich auch in Deutschland selbst 848 durchaus bewährt, u. A. in Baden. In Frankreich ist ferner die Agitation für das Milizsystem. Unser Antrag ist demnach durchaus berechtigt, und wenn man heute noch nicht auf denselben eingehen will, so liegt der Grund dafür nur in der Angst vor dem Socialismus. Was ich über die Kosten des Milizheeres der Schweiz mitgeteilt habe, beruht auf Mittheilungen von dortigen Autoritäten. Von Reactionären gehen die Broschüren aus, die sich abfällig über das Wehrsystem der Schweiz aussprechen. Die demokratischen Blätter in der Schweiz haben das zur Genüge beleuchtet. Mißstände, wie sie in jenen Schriften angeführt sind, bestehen in der preussischen Armee nicht minder. Das Milizsystem gewährleistet am besten die Durchführung des demokratischen Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht. Deshalb werden wir Ihnen mit diesem Antrage immer weiter kommen.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.): Die Miliz der Schweiz hat sich bisher noch nicht in einem Kriege erprobt. In einem solchen aber allein kann man die Nichtigkeit eines Wehrsystems prüfen. Deshalb würde Scharnhorst auch nie ein Milizsystem nach dem Muster desjenigen der Schweiz befürwortet haben. Im amerikanischen Sezessionskriege hat es sich auch deutlich genug gezeigt, daß ein entscheidender Erfolg nur mit einer wohlbesetzten Truppe zu erzielen ist. Wir wollen deshalb an unserem Wehrsystem festhalten.

Abg. Graf Oriola (natl.) befürwortet eine recht baldige Berücksichtigung der Wünsche der Kriegsinvaliden, die Jahr für Jahr in den zahlreichen Petitionen zum Ausdruck kamen. Ferner fragt Redner, ob die Militärverwaltung seit dem vorigen Jahre der Frage näher getreten sei, inwieweit noch brauchbare Kasernementen weiterhin zur Unterbringung von Militär verwendet werden sollten. In der Stadt Buzbach bestünde z. B. noch eine sehr gute Kaserne, und nachdem die Bürger derselben für die Militärvorlage gestimmt hätten, glaubten sie ein Recht auf die Wiedererlangung einer Garnison zu haben.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf erwidert, die Garnison von Buzbach sei aus dienstlichen Rücksichten verlegt worden.

Generallieutenant v. Spik giebt zu, daß Seitens der Invaliden viele Wünsche an das Kriegsministerium gelangen; sollten sie alle erfüllt werden, so würde die Summe von 200 Millionen kaum ausreichen. Die Militärverwaltung könne deshalb einem Entwurf erst näher treten, wenn bestimmt formulierte Anträge vorlägen.

Abg. Bebel (Soc.): Ich habe die Debatte über den Milizantrag verlassen, nicht weil ich glaube, es sei genug darüber geredet; denn ich bin gegentheiligter Ansicht und

glaube die Frage des Milizheeres wird nun nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Aber ich erkenne an, daß hier, wo es sich um den Titel des Kriegsministers handelt, eine so wichtige Frage nicht so erörtert werden kann, wie es notwendig ist. Ich will hier Sachen von allgemeinem Interesse zur Sprache bringen, insbesondere Maßregeln, die von der Militärverwaltung ausgegangen sind. Es sind zunächst die wohl geheimen Erlasse des Kriegsministers, die die Beschäftigungen socialdemokratischer Arbeiter in den Betrieben der Militärverwaltung betrifft. Obgleich wir wissen, daß der Inhalt dieser Erlasse den Anschauungen auf der Rechten entspricht, daß sie in der Militärverwaltung seit langem Praxis sind, halten wir uns immer und immer wieder veranlaßt, gegen diese Art von Erlässen auf das Allerentschiedenste Einspruch zu erheben. Wir bestreiten der Militärverwaltung oder irgend einer Verwaltung des Reiches oder des Staates das Recht, Arbeiter wegen der Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung so lange sie sich innerhalb der allgemeinen, für alle Staatsbürger geltenden Gesetze bewegen, aus der Arbeit zu entlassen oder nicht in Arbeit aufzunehmen. Wollen Sie ein derartiges Recht schaffen, je nach Ihrer politischen Stellung, dann soll es durch die Gesetzgebung des Reiches ausgesprochen werden. Bis zum gegenwärtigen Augenblicke sind die socialdemokratischen Arbeiter und die Socialdemokraten überhaupt genau so, wie jeder andere Staatsbürger, verpflichtet, ihre Steuern zu zahlen, alle Pflichten gegen den Staat zu erfüllen, Soldat zu werden, alles gegebenen Falles zu opfern, um das Vaterland zu verteidigen, so gut wie jeder andere. Da verlangen wir auch auf der Gegenseite, daß sie dieselben Rechte besitzen. Soll der socialdemokratische Arbeiter zur Unterhaltung des Staates und des Militärsystems durch seine Steuerkraft und seine Persönlichkeit eintreten, dann hat man nicht das Recht, ihn wegen seiner Gesinnung ums Brot, Stellung und Existenz zu bringen. Was heute auf politische Gebiete von Seiten der Militärverwaltung beliebt wird, das ist vor einem Jahrhundert allen denen passiert, die eine andere religiöse Ueberzeugung hatten, als die im Staat herrschende. Eine der ersten Auslassungen des norddeutschen Bundes und des späteren deutschen Reiches war das Gesetz, daß alle Staatsbürger, ohne Unterschied des religiösen Glaubens und der Gesinnung, zu den gleichen Rechten der Staatsangehörigen zugelassen wurden. Was da für das religiöse Gebiet ausgesprochen wird, soll heute für das politische Gebiet gelten. Was ist aber die Folge einer derartigen Maßregel? Man erzieht Heuchler, denn die Leute werden einfach ihre Gesinnung vor der Öffentlichkeit verbergen. Ob damit der Staat etwas gewonnen hat, lasse ich dahin gestellt. Jedenfalls ist es eine Maßnahme, die eines modernen Staates unwürdig ist. Können Sie denn überhaupt die socialdemokratischen Arbeiter aus den Staatsbetrieben ausschließen? Wenn man einen derartigen Glauben hat, ist er in der That außerordentlich naiv. Denn wie es in den Staatsbetrieben aussieht, dafür sind die in den verschiedenen Reichstags-Wahlkampagnen abgegebenen Stimmen ein Beleg. Viel z. B. ist durch unsere Partei vertreten, in Spandau hätten wir beinahe gesiegt, ebenso in Erfurt. Können Sie denn ohne Socialdemokratie existieren? Sind Sie heute im Stande, ohne die Socialdemokratie auswärtige Kriege zu schlagen? Graf Caprivi erklärte, im nächsten Kriege werde jeder wehrfähige Mann

mit hinausmarschieren. Sie haben heute zehntausende von tüchtigen Socialdemokraten unter den Soldaten der stehenden Armee, Sie haben ebenfalls Tausende in der Marine; ich könnte Ihnen Schiffe namhaft machen, wo jeder Matrose Socialdemokrat ist, wo Mann für Mann bei den letzten Reichstagswahlen ihre 50 Pfg. oder 1 Mt. zum socialdemokratischen Wahlfonds abgeführt haben. Bei der heutigen Macht der Socialdemokratie haben Sie (rechts) alle Ursache, sich mit ihr zu verständigen. (Heiterkeit rechts.) Sie aber überwachen die Soldaten und Rekruten, die im Verdacht socialdemokratischer Gesinnung stehen und lassen Sie darunter leiden. So wurde am letzten October in Magdeburg im 66. Infanterie-Regiment der Soldat Werner, der gar nichts mit der Socialdemokratie zu thun hatte, in den Tod getrieben. Er hat sich ums Leben gebracht, weil er unter anderen Schimpfsbezeichnungen, die ihm von seinem Unteroffizier widerfahren, die war, daß ihm der Unteroffizier sagte: Du bist ein Socialdemokrat und ich werde Dich dementsprechend züchteln. Es kommt daher, daß bei den Denunciationsdiensten, die die bürgerlichen Behörden den Militärbehörden leisten, sehr häufig übers Ziel hinausgeschossen wird und in dem Erlaß des Landraths v. Waldow heißt es ausdrücklich: „Die Erstattung von Fehlanzeigen bedarf es nicht.“ Irrthümer brauchen also nicht berichtigt zu werden. Wie aber mit derartig charakteristischen Leuten verfahren wird, dafür zwei Beispiele. Der eine betrifft abermals einen Arzt und ähnelt dem aus dem Vorjahre bekannten Fall Oppenheimer — es handelt sich um den Dr. v. Hirschfeld in Harburg. Er hatte das erste halbe Jahr abgedient und sollte das zweite halbe Jahr nach bestandem Staatsexamen abdiene. Das erste halbe Jahr diente er im Jahre 1887/88 beim 2. Garderegiment in Berlin und wurde am 31. März 1888 als Gefreiter mit glänzenden Zeugnissen entlassen. Der Mann ließ sich später in Harburg als praktischer Arzt nieder und meldete sich im Mai 1894 bei dem dortigen Weidmann, um im September 1894 das zweite halbe Jahr beim Pionierbataillon Nr. 9 als einjähriger Arzt abzudienen. Im Juni erhält er die Weisung, am 20. September einzutreten. Am 28. August wird er plötzlich auf das Militärbureau beschieden und ihm folgendes erklärt: Das Generalcommando des 9. Armee-corps zieht die Erlaubnis aus dienstlichen Rücksichten zurück. Er weiß nicht, was vorliegt und macht ein neues Gesuch für das 76. Regiment in Hamburg. Er bestellt sich eine Vertretung für seine Praxis, er kauft sich seine Uniformen für 300 Mark, aber der 20. September vergeht, ohne daß er irgend eine Nachricht erhält. Endlich am 2. November erhält er den Bescheid, daß er sich des in ihm gelegten Vertrauens nicht würdig gezeigt habe, daß er wegen seiner Führung nicht mehr zum Offiziersaspiranten im Sanitäts-corps geeignet sei und den Rest seiner Dienstzeit mit der Waffe abzuleisten habe und zwar als Gefreiter. Der Mann ist aufs Schwerste geschädigt worden, ohne daß er das Recht gehabt hätte, sich zu verteidigen. Er war Socialdemokrat, das war sein Verbrechen und der Grund, weshalb man ihn in der angebotenen Weise gemahregelt hat. Sollten wir in einen Krieg verwickelt werden, dann wird die Militärverwaltung froh sein müssen, socialdemokratische Kräfte zur Hilfeleistung der ungeheuren Zahl von Verwundeten, die dieser Krieg bringen wird, zur Verfügung zu haben. Der zweite Fall betrifft den socialdemokratischen Redacteur Wendtlandt.

## Dankbarkeit.

Von Harry Allis.\*)

Ein Herr (die Zeitungen durchfliegend): Ich Unglückseliger — dreifacher Dummkopf — Pechvogel — (verzweiflungsvoll:) das Brot meiner Kinder! — Hunderttausend Francs! Unverantwortlich — sich die Wagennummer nicht zu merken — nichts im „Figaro“ — (Mit Entrüstung:) Und diese Zeitungen, die vorgeben, immer gut unterrichtet zu sein — daß mich auch der Teufel plagen mußte, einen Wagen zu nehmen — (wüthend:) ich möchte mir den Kopf an der Mauer einrennen — nichts im „Gaulois“ — (außer sich:) o, es bleibt mir nichts übrig, als ein Selbstmord! Wie kann ich mich nach einem solchen Schlage wieder aufrichten — und morgen kommt meine Frau — sie wird wissen wollen, was ich mit den hunderttausend Francs gerhan — nichts im „Vestaire“, ich kenne sie — sie wird sagen, ich habe sie in Champagner versoffen — nein, vertrunken — ich bin ganz verwirrt — ich weiß nicht mehr, was ich rede — es wird das Beste sein, ich mache ein Ende — (Mit Ueberzeugung:) Zehntausend Francs würde ich geben — nichts im „Evenement“, zwanzigttausend Francs — die Hälfte, wenn es nicht anders geht — wenigstens wäre ich nicht ruiniert — was soll ich nur thun . . .

(In höchster Ekstase:) Mein Gott — ist es möglich — der Kutcher 3107 — Polizei — hunderttausend Francs — Billete — Obligationen — ja, sie sind's — wir schwindeln — das Uebermaß der Freude — (setzt sich; mit zitternder Stimme:) Portefeuille

— russisches Leder — ehrlicher Fieber — schöner Zug (aufjubelnd:) kein Zweifel, ich bin gerettet, mein Eigenthum — ich eile — (überlegend:) keine Ueberstürzung — (nochmals lesend:) der Kutcher 3107 — wackerer Mann — mein Retter — schlichter Held — wahrhaftig, das Verdienstkreuz wird nicht oft so Würdigen verliehen! — (Das Zimmer durchmessend:) O, ich athme wieder auf (seine Cravatte lösend), nun, jetzt kann ich ruhig sein — es ist wahrlich keine Gefahr, daß der Fund auf der Polizei in Verstoß geräth. — Eile ist nicht von Nothen — ich werde bis zum Abend warten — was soll ich mich so pressirt zeigen — ich werde meine hunderttausend Francs mit vornehmer Gleichgültigkeit verlangen — das wird mir ein Ansehen geben — man wird sagen: für den ist's ein Pappenstiel — der muß es dick haben . . .

(Nachdenklich:) Nun, was werde ich also dem Manne geben? Ich gehöre nicht zu jenen, die mit ihrer Dankbarkeit feilschen. Ich sprach von tausend Francs. Ha, ha, ha, tausend Francs, die findet man nicht auf der Straße — (sein:) Nein, aber manchmal in einem Wagen, wenn ein Tropf — gleichviel — das ist ein Sündengeld — ich denke, fünfhundert Francs wären wohl hinreichend — es ist eine bedeutende Summe — ein Handelswerth — eine Actie — eine Börsenvalueur — und wenn ich nicht ein dankbarer Mensch wäre! — Aber — (sich binnend) mein Freund Baudelard hat dem Bahnwärter, der ihm den Brillantbouton seiner Frau brachte, nur fünfzig Francs gegeben, und noch wurde seine Großmuth in der Zeitung gerühmt — und ein Brillantbouton ist doch nicht wie Dankbillets — in einem Portefeuille — es ist doch viel schwerer zu finden. — Wie wäre es, wenn ich es mit hundert Francs versuchte! Ich glaube, das wäre splendid genug — hundert Francs sind im Grunde ein nettes Sümmchen. Der Kutcher 3107 wird nicht viel Mühe darauf verwenden haben — die Mühe, den Wagenschlag zu öffnen! Das heiße ich Glück haben! — Ueberdies, welches Leben führen diese Flakerkutscher?

Man saß, daß sie zumeist ein vollkommenes, arbeitsscheues Volk sind, zu jeder Schlechtigkeit fähig. (Verbäht:) Nicht als ob ich glauben machen wollte, daß etwa der Kutcher 3107 — o nein — aber im Grunde, wer steht mir dafür, wie er sie verwendet — gewiß würde er sie verjubeln und vertrinken in Gesellschaft leichtsinniger Weiber — nun ja, es ist ja erwiesen, daß alle Kutcher Säufer sind — das weist sich schon an ihrer Nase — und ich, ein solider Bürger — ein Familienvater — ich würde sozusagen ihn aufmuntern zum Laster — würde ihm das Brot meiner Kinder opfern. — Gewiß, man soll gerecht sein, ja — aber nicht leichtsinnig — man darf sich nicht von seinem Herzen fortreißen lassen . . .

(Zögernd:) Kurz und gut, ich werde dem Manne fünfzig Francs geben — weil er seinen Tagesverdienst verloren hat. (Wegwerfend:) Nicht etwa, als ob ich auch nur so viel an seine Ehrlichkeit glaubte — Schöner Zug — weiß man, was für ein Beweggrund ihn geleitet hat? Mußte er nicht glauben, ich habe mir die Nummer gemerkt? Ehrlichkeit —! Ehrlichkeit —! Das ist einfach die Furch, eingesperrt zu werden — um diesen Preis ist sie immer zu haben. (Sinnend:) Wer weiß, ob er es nicht absichtlich gethan hat? Man sagt, diese Art Leute betreiben das berufsmäßig. Das hat viele Vortheile. Vorerst die Belohnung, dann der Gegenstand, der dem Fieber verbleibt, wenn der Verlustträger sich innerhalb eines Jahres nicht meldet. Dann läßt man den Namen in die Zeitung einrücken — das macht einem einen Ruf — dann bekommt man einen Tugendpreis. — (Bitter:) Dann trinkt man auf das Wohl des guten Bürgers — läßt ihn weidlich aus — nennt ihn einen Einfaltspinsel — (entrüstet:) ah, da muß ich bitten — ich will gern dankbar sein — ja — aber ich leide nicht, daß man mich auslacht — (entschlossen:) Ich werde dem Manne zehn Francs geben — aber ich werde auf der Polizei sagen, man möge ein wachjames Auge auf ihn haben.

\*) Harry Allis ist der Schriftstellernamen des Redacteurs des Pariser „Journal des Debats“, Percher, der vor einigen Tagen in einem Duell von seinem Gegner, einem ehemaligen Marineoffizier Chateletier, erstochen wurde. Allis stand im 39. Lebensjahre und galt für einen sehr begabten Journalisten.

Dieser war als Redacteur wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden und es wurde ihm die Berechtigung zum Einjährigdiener entzogen.

Man geht aber in der Verfolgung der socialdemokratischen Gesinnung noch weiter. Man untersagt den Unternehmern, die für die Militärverwaltung Lieferungen bekommen, die Beschäftigung socialdemokratischer Arbeiter.

Die schrecklichen Ereignisse sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen. Die Vorfälle bei dem Marsch von Mainz sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen.

Die schrecklichen Ereignisse sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen. Die Vorfälle bei dem Marsch von Mainz sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen.

Chrenrath direct herbeigeführt zu haben, es war also ein von der Militärbehörde gebilligtes und unterstütztes Duell. In Warburg fand zwischen einem Offizier des Jägerbataillons und einem früheren Einjährigen ein Duell statt.

Die schrecklichen Ereignisse sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen. Die Vorfälle bei dem Marsch von Mainz sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen.

auf die ich ihm antworten will. Zunächst sprach er von gewissen Erlassen, er hat sie aber nicht einmal vollständig angeführt.

Die schrecklichen Ereignisse sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen. Die Vorfälle bei dem Marsch von Mainz sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen.

Die schrecklichen Ereignisse sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen. Die Vorfälle bei dem Marsch von Mainz sind in der Geschichte der Menschheit nicht selten vorgekommen.

Locales.

Breslau, den 5. März 1895.

Volksbetriebs Weiterbildung.

B. G. So ein General-Anzeiger ist in der That ein Blatt, wie es in unsere Zeit, in die der Borglosigkeit und des Capitalismus, prächtig hineinpaßt.

Die ultramontanen Führer und ihre Presseabenteurer behaupten sich bekanntlich immerdar als arge Verächler und Lügner — davon kann sich jeder, der von Politik wenigstens etwas mehr versteht, als ein neugeborenes Kind und dessen Gehirn nicht ganz und gar von frommem Aberglauben verkleistert ist, täglich auf's neue in unserem ostdeutschen Hauptorgan des Centrums, der „Schlesischen Volkszeitung“ überzeugen.

Aber gegen die „Mädchen für Alles“, die im Solde des „General-Anzeigers“ stehen, sind die ultramontanen Federhelden wahrhaftig noch die reinen A-S-G-Schützen. Das klatscht und heßt, das schmeichelt und heuchelt, das lügt und trügt schier unübertroffen und unübertrefflich, also daß selbst die abgefermtesten Jesuiten von dieser Art der Volksbekehrung noch etwas profitieren könnten.

Ein Proßbüchlein davon liefert der „Breslauer General-Anzeiger“ in seiner neuesten Sonntagsausgabe durch einen Leitartikel, der die würdevolle Ueberschrift zur Schau trägt „Ernstliche Pflichten“ und mit der schon längst zum Gemeinplatz herabgedrückten Sprichwortweisheit beginnt „Adel verpflichtet.“

Um den Adel, der sich bekanntlich hauptsächlich dazu verpflichtet fühlt, möglichst wenig zu arbeiten und dafür um so besser zu leben und die arbeitenden Mitmenschen edelmännisch auszubeuten, sowie sie dafür, daß sie so dumm sind, sich das gefallen zu lassen, gratuliert — um diesen Adel ist es unserm „General-Anzeiger“ durchaus nicht allein zu thun.

„Das bekannte Wort will“, so leitet er besagten Leitartikel ein, „unter den Verhältnissen der Gegenwart so verstanden sein, daß die durch Bildung, Reichtum und Geburt ausgezeichneten Schichten der Gesellschaft es nicht lediglich als ihre Aufgabe zu betrachten haben, die Freuden des Lebens zu genießen und großen Reichtum zu erwerben, sondern daß sie sich auch bemüht bleiben, der ersten Pflichten, die sie gegen ihre in einer ungünstigen Lage befindlichen Mitmenschen zu erfüllen haben.“

Also um die durch Bildung, Reichtum und Geburt ausgezeichneten Gesellschaftsschichten, um Adel, Großcapitalisten, Großindustrielle, höhere und höhere Beamte und Militärs u. s. w., u. s. w., um die ganze sogenannte „gute Gesellschaft“ ist es diesmal dem „General-Anzeiger“ zu thun, und sein Bemühen ist der guten Sache geweiht, die Masse seiner Leser, die da Mitglieder des arbeitenden und darbedürftigen Volkes sind, mit dem Besitze, den sie selbst nicht haben, den sie für andere erarbeiten und ewig entbehren müssen und mit dessen Eigenthümern zu verjöhnen.

Eine herrliche Aufgabe, fürwahr! Aber eine schwere Aufgabe. Wie ist sie zu lösen — in einer Zeit wie die gegenwärtige, da es einem sehr großen Theile des Volks, des — wenn die gute Gesellschaft unter sich ist — verächtlich sogenannten „niedereren Volkes“ — längst wie Schuppen von den Augen gefallen ist. Sehr einfach. Zunächst stellt man sich so, als hielte man für nöthig und nützlich, die durch Reichtum u. s. w. ausgezeichneten Leute — dieses „ausgezeichnet“ ist an dieser Stelle wirklich ganz ausgezeichnet — ernst zu ermahnen und als hätte man an ihnen noch gar sehr viel auszuführen.

Nach diesem Recepte arbeitend, declamirt der „General-Anzeiger“ folgendermaßen:

„Des wenigste, was man nun von den höheren Gesellschaftsschichten verlangen kann, ist, daß sie andern ein gutes Beispiel geben. Woher wo in dem im höheren deutschen Bürgerthum, wo in der Geburtsaristokratie und wo in der Beamtenwelt die alte Einfachheit, die schlichte Lebensführung geblieben? Nur eine dieser Gesellschaftsschichten halten noch mit löblicher Treue an den alten guten Familienüberlieferungen fest; die meisten glauben ihrer Stellung ein „glänzendes Haus“ und „noble Passionen“ schuldig zu sein.“

Der giebt es den vornehmen Herrschaften aber gut, wird so mancher Spießbürger geschmunzelt haben, als er das las. Der nächste Absatz aber verräth, wo der schlaue „General-Anzeiger“ hinaus will. Lassen auch wir uns belehren:

„Bekanntlich hat schon vor geraumer Zeit der Kaiser die Offiziere gemahnt, zu der alten Schlichtheit in der Lebensführung zurückzukehren.“ Was diese Mahnung genügt hat, darüber können uns unsere Breslauer Leitartikelreiter fürtreffliche Auskunft geben; und die Goldelse könnte es auch, wenn sie nicht leider schon im Grabe läge. Aber die Erinnerung an die Kaiserermahnung sollte wiederum nur die Einleitung sein.

Der „General-Anzeiger“ versichert antheimend ganz im Weiteren, auch der kürzlich in Berlin verfaßte deutsche Adelstag habe dem deutschen Adel die erste Pflicht ans Herz gelegt, sich „abzuwenden von der Selbstsucht und dem Materialismus unserer

Zeit und die frühere Einfachheit in den Lebensgewohnheiten wieder anzunehmen.“

Daß diese Einfachheit, gerade so weit es den deutschen Adel anbetrifft, der pure Schwindel ist, daß der Adel im allgemeinen zu allen Zeiten so läberlich gelebt hat wie nur irgend möglich, das müssen die Welken des „Generalanzeiger“, die doch eine Ahnung von der Geschichte haben werden, sehr wohl wissen. Aber sie denken nicht daran, das ihren Lesern zu verrathen, vielmehr thun sie, als ob die Sache, nachdem der deutsche Adelstag gesprochen hat, nun abgemacht und unsere Abtügen nichts eiligeres zu thun hätten, als schlicht und einfach zu werden.

„Die sociale Pflicht der höheren Klassen, declamirt der „Generalanzeiger“ weiter, ist mit dieser einfachen Umkehr noch nicht erschöpft. Man kann von ihnen verlangen, daß sie auch selbstthätig an der Lösung der schwereren Aufgaben unserer Zeit mitarbeiten.“

Und, man sollte es wirklich kaum glauben, der „Generalanzeiger“ hat auch schon entdeckt, daß die höheren Klassen diese saure Mitarbeit an den Aufgaben unserer Zeit auf's Braute leisten.

Wörtlich ist im angegebenen Leitartikel zu lesen: „Es ist eine erfreuende Thatsache, daß auch diese Pflicht immer mehr anerkannt wird. Die Unterstufung der zahlreichen gemeinnützigen Bestrebungen unserer Tage beweist das. Aus der letzten Zeit ist in dieser Beziehung namentlich auch der Eifer zu nennen, mit dem man bemüht ist, die Volksgesundheit überall zu fördern, die Freude an der Natur und am Wald zu erhöhen und Volksheilstätten für Lungenkranke und andere Gebrechliche einzurichten.“

Ja, ja, die höheren Klassen opfern sich rein auf für das niedere Volk! Der „Generalanzeiger“ weiß sich vor Mühnung kaum zu fassen. Zu einer derartigen socialen Thätigkeit, wie sie die Reichen und Braven üben und wie sie in der Unfallversicherung, in der Alters- und Invalidenversicherung, im Bau von Arbeiterwohnungen und in andern Wohlfahrtsanstalten schon so freigiebig geworden sein soll, kann er nur von Herzen Glück wünschen. Nachdem er schließlich noch den Kaiser Franz Josef gepriesen hat, der bekanntlich auch so ein Volkswohlthäter ist — ein Menschenheitsbeglückter aus dem Hause der Habsburger, denen die Geschichte, soweit sie ehrlich ist, unter den allerschlimmsten Volkerausbeutergeschlechtern eine ganz hervorragende Stelle angewiesen hat — bricht er zum Schluß in den Jubelruf aus:

„So sehen wir, daß es sich aller Orten für die Aermereu recht, so muß es aber auch sein, da die sociale Frage von Tag zu Tag brennender, das Ciend großer Volkskreise immer drückender wird.“

Und das jetzt, da die herrschenden Klassen ihr bischen Hirn abquälen, um das Freiheit und Brot verlangende Volk mit der Centnerlast eines Amortisationsgesetzes wieder niederzudrücken, — jetzt da die Agrarier daran sind, dem Staate ein Getreide- und Brotmonopol aufzuhalsen und sich noch viel mehr Liebesgaben als bisher einzuwaden, damit sie sich weiter arbeitslos durch's Leben hindurch schmargeln können, — jetzt da die kümmerliche Minderheit der sogenannten Socialreform in den Winkel gestellt ist und der größte Theil der herrschenden Gesellschaft Zeter schreit, es sei schon viel zu viel geschehen für dieses begehliche, unzufriedene, aufständische, revolutionäre, arbeitende Volk!

Solcher Volksbetrug, wie Ihr ihn übt, Ihr Großcapitalisten-Presseknechte bei den Generalanzigern, verdient die Palme!

Ehre dem Ehre gebührt!

\* Zur Errichtung eines Hallenschwimmbades in Breslau. Die Vorlage des Magistrats über die zu gewährende Unterstützung des Hallenschwimmbades seitens der Stadtgemeinde ist, wie seiner Zeit mittheilt, von der Stadtverordneten-Versammlung an den Finanzausschuß zur Vorberathung überwiesen worden. Der Ausschuss empfiehlt nun, den Antrag des Magistrats mit einigen Abänderungen anzunehmen. Hinsichtlich des von der Stadt zu leistenden Zuschusses schlug der Magistrat vor, der Gesellschaft eine baare Subvention von 12,500 Mk. unter gewissen Bedingungen zu gewähren; der Ausschuss empfiehlt diesen Passus zu streichen und dafür zu setzen: „Die Stadt gewährt einen jährlichen Zuschuß von 10,000 Mk. zur Verzinsung der Obligationsschuld bis zur Höhe von dreieinhalb Procent. Die Actiengesellschaft hat diesen Zuschuß, soweit die Verzinsung der Obligationen durch den Betriebsüberschuss gedeckt ist, zur Amortisation der Actien durch Rückkauf oder Verkaufung zu verwenden.“ Gemäß dem Antrage des Magistrats sollte die Actiengesellschaft verpflichtet werden, an zwei Abenden der Woche, von 6—9 Uhr, den unbemittelten Klassen die Benutzung des Schwimmbades für einen Eintrittspreis von 10 Pfg. zur Ver-

fügung zu stellen und zwar den einen Abend für Frauen und Mädchen, den anderen Abend für Männer und Knaben. Auch sollen in dieser Zeit Bannen- und Schwitzbäder zu möglichst billigen Preisen verabfolgt werden. Der Ausschuss wünscht, daß die Badezeit an den beiden Abenden für die unbemittelten Klassen von 5 bis 9 Uhr festgesetzt und daß die Bannen- und Schwitzbäder „zur Hälfte des gewöhnlichen Preises“ verabfolgt werden sollten. Daß auch acht Stunden Badezeit in einer Woche für eine so zahlreiche Arbeiterbevölkerung wie sie Breslau aufweise, noch viel zu wenig sind, bedarf wohl keines Beweises für den, der die Verhältnisse nur einigermaßen kennt.

\* „Große Breslauer Geldlotterie.“ Es ist jetzt zur Kenntniß der Behörde gelangt, daß in Deutschland ein etwa 40 Jahre alter Mann umherreißt, der Antheilscheine einer großen Breslauer Geldlotterie veräußerte. In Wirklichkeit existirt eine solche Lotterie nicht. Vor dem Betrüger sei gewarnt.

\* Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 4. d. Mts. ist in zwei Läden des Hauses Tauengienplatz 10 ein Einbruch verübt worden, indem die Vorlegeschloßer der Eingangsthüren erbrochen wurden. Aus dem Laden des Handschuhmachers wurden sechs Paar braune Handschuhe im Werthe von 20 Mark, verschiedene Postenträger, Glacehandschuhe und einer kleiner Geldbetrag gestohlen. Dem Inhaber des anderen Ladens, einem Bäckereimeister wurden Backwaaren im Werthe von 5 Mk. entwendet.

\* Kein Selbstmord. In den letzten Tagen des Februar wurde gemeldet, daß ein hiesiger Schneidermeister sich mit Salzsäure vergiftet habe. Die Annahme eines Selbstmordes soll jedoch nicht gerechtfertigt sein, vielmehr scheint eine schlimme Verwechslung den Tod herbeigeführt zu haben; der Mann hat statt einer Liqueurflasche, aus der er trinken wollte, die mit Salzsäure gefüllte Flasche ergriffen.

\* Verhaftet wurden: am 4. d. Mts. ein Haushälter, der wenige Tage zuvor nach Unterschlagung von 200 Mark flüchtig geworden war, und ein Badergeselle wegen Betruges.

\* Polizeiliche Nachrichten. Verhaftet wurden am 2. und 3. d. Mts.: 126 Personen. — Gestohlen wurden: einer Altwaarenhändlerin auf der Tannengasse ein Paar Lederstiefel, einem Schuhmachergehilfen auf der Victoriastraße ein Sommerüberzieher, einem Handelsmann auf der Sandstraße zwei lebende Gänse, einem Kaufmann von der Breitenstraße zwei Firmenschilder. — Abhanden gekommen: eine silberne Taufmünze in der Größe eines Fünfmarijückes, zwei Portemonnaies mit 10 und 12 Mark Inhalt, eine Helmütze, ein goldenes Pincenez, ein Etui, einhaltend u. a. ein Paar goldene Ohrringe und zwei goldene Ringe. — Gefunden wurden: ein Damenhut, ein Trauring und Pfandscheine auf verschiedene Namen.

**Schlesien.**

\* Striegau, 18. Februar. Die Volksschullehrer, die sich hier seit Jahren um eine Aufbesserung ihres niedrigen Gehaltes bemühen, werden fortwährend auf spätere Zeiten vertröstet. Nachdem bereits mehrere Jahre hindurch Verhandlungen wegen Aufbesserung der Volksschullehrergehälter zwischen der Regierung und den städtischen Behörden gepflogen wurden, hatte jetzt der Magistrat von der Regierung die Aufforderung erhalten, vom 1. April ab eine Aufbesserung der Gehälter eintreten zu lassen. Auf Grund des Gutachtens einer gemischten Commission und auf Antrag des Magistrats lehnten es jedoch die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung ab, eine Aufbesserung der Volksschullehrergehälter zur Zeit herbeizuführen, weil der Minister den Erlaß eines Lehrerbeförderungsgesetzes in Aussicht gestellt habe und weil die Steuerverhältnisse im neuen Etatsjahr sich noch nicht übersehen lassen, man vielmehr erst praktische Erfahrungen bezüglich des neuen Communalsteuergesetzes sammeln wolle. Erst im nächsten Jahre soll dieser Angelegenheit näher getreten werden.

\* Boltensheim, 4. März. In der vorigen Woche wurde die trisarme Chastiane Vogel aus Hausdorf in der Nähe von Thomastal aufgefunden.

\* Görlitz, 4. März. Opfer der Arbeit. Ein Arbeiter, welcher in einer hiesigen Fabrik einen Riemen auflegen wollte, wurde von der Welle erfaßt und sechs Mal um dieselbe herumgeschleudert. Der Unglückliche wurde auf der Stelle getödtet.

\* Piesch, 2. März. Zu den Unterschlagungen im hiesigen Vorshußverein meldet man noch Folgendes: Der Piescher Kaufmann Herden hat sich vergiftet; über sein Vermögen ist Concurs eröffnet worden. Herden war Stadtverordneter-Vorsteher, Vorsitzender des Gemeindekirchenraths, der Schützengilde und des Vorshußvereins. In letzter Eigenschaft hat er allein 6500 Mark baares Geld unterschlagen und 80,000 Mark Wechsel gefälscht. — Die Aufregung hierorts ist natürlich groß.

**Neueste Nachrichten.**

— Berlin, 4. März. 400 Schiffsbesitzer, Bootskleute und Flößer protestirten gestern in einer in Stralau abgehaltenen Versammlung gegen den neuen Schiffsfahrts-Gesetzentwurf. Die Redner betonten, daß nur die socialdemokratischen Abgeordneten wirksam für die Schiffer eingetreten seien. Sie führten Klage über zu lange Arbeitszeit, die Schuldtrage an zahlreichen Unglücksfällen auf dem Wasser. — Dem „Hannoverschen Courier“ wird von hier zuverläßig gemeldet, daß die Stellung Preußens im Bundesrathe zum Jesuitengesetz noch wie vor ablehnend ist. — Der ungeliebte Gesetzentwurf, welcher den Kommunen die Besteuerung des Weines gestattet bis zur Höhe von 10 Pct. des Werthes oder fünf Mark für den Hektoliter, ist dem Reichstage nunmehr zugegangen.

### Technik und Wissenschaft.

**Ausfällige auf Island.** Dr. Ehlers von Kopenhagen berichtet in der „Semaine medicale“ über eine Reise zu den Ausfälligen auf Island in bemerkenswerther Art. Die Wochenchrift „Globus“ entnimmt dem Aufsatz des genannten Blattes das Folgende: Die durch die dänische Regierung unterstützte Forschungsreise dauerte ungefähr zwei Monate, Juli und August, wurde theils zu Schiffe, theils zu Pferde ausgeführt, umfasste die ganze Insel und berührte fast alle von Ausfälligen bewohnten Orte. Dr. Ehlers war von einem Militärarzt, S. Hansen, begleitet, und ein Student von Keitjavik diente als Führer und Dolmetscher. Der Ausfall Lepros, der im Mittelalter so große Verheerungen angerichtet, ist in Europa heute zu Tage bis auf wenige Seuchenherde erloschen; da sich aber die Seuche in neuerer Zeit wieder etwas mehr auszubreiten scheint — auch in Deutschland sieht es Herde in Ostpreußen und in Oberschlesien — so ist ihre genaue Erforschung um so dankenswerther. Die Einschleppung der Krankheit aus dem Orient geschah im Mittelalter, wahrscheinlich in Folge der Kreuzzüge. In Norwegen erwähnen die Chroniken die Krankheit erst vom 13. Jahrhundert an unter dem Namen likprær, Leishäule; daß sie über See eingeschleppt ist, zeigt ihre allmähliche Verbreitung von der Hafenshiade Bergen aus. Auch in Island ist der Ausfall jedenfalls durch den Seeverkehr mit dem Mutterlande eingeschleppt worden, und die der Abhandlung beigegebene Karte zeigt deutlich ihre Verbreitung in der südwestlichen Ecke der Insel im Umkreise der Städte Keitjavik, der jetzigen Hauptstadt, und Ezrabakki, des früheren Hauptortes von Island. Im 16. Jahrhundert hatte die Seuche, begünstigt durch die bei dem nordischen Klima unvermeidliche Unreinlichkeit, eine solche Verbreitung auf Island erreicht, daß die Einwohner nie von ihr sprachen, ohne beizufügen: „Und sie oss næstur. Gott sei uns gnädig!“ Da man die Ansteckung schon früh erkannte, errichtete man, um die Ausfälligen von der übrigen Gesellschaft auszuschließen, vier Siechenhäuser für sie, die von 1651 bis 1845 bestanden; im Jahre 1776 erfolgte ein Eheverbot. Mehr als diese Maßregeln trugen zur Einschränkung des Ausfalles die furchtbaren Volksseuchen, Blattern, Scharlach u. A. bei, die im 17. und 18. Jahrhundert ungefähr den vierten Theil der Inselbewohner, darunter fast alle Ausfälligen, wegtrafen. Im Jahre 1837 wurden noch 138 Ausfällige gezählt, und man gab sich der Hoffnung hin, daß die Seuche bald ganz erloschen sein werde; thatsächlich ergab die Zählung von 1859 auch nur noch 47 Befallene. Doch auch hier scheint in den letzten Jahren ein Wiederaufleben der Seuche angenommen werden zu müssen. Dr. Ehlers hat 102 Ausfällige selbst gesehen, von 89 weiteren zuverlässige Nachrichten erhalten und spricht die Ueberzeugung aus, daß diese Zahl der heutigen Verbreitung der Seuche auf der Insel noch nicht ganz entspricht. Das hauptsächlichste und wichtigste Ergebnis der Ehlers'schen Forschungen ist im Schlusswort der Abhandlung enthalten: „Ich schliesse, indem ich aus spreche, daß der Ausfall eine ansteckende (contagiose) Krankheit ist, vielleicht weniger ansteckend als gewisse andere Infectionskrankheiten, aber sicherlich nicht durch Berührung übertragbar. Träger des Krankheitsgiffes ist eine dem Tuberkelbacillus nahestehende Microbe, der Hansen'sche Bacillus, und die Ansteckung scheint glücklicherweise nur schwer zu haften. So darf man hoffen, daß ein kräftiges Vorgehen gegen die böse Seuche, besonders Ansteckungsmäßigkeiten und mögliche Bekämpfung der Unreinlichkeit, doch guten Erfolg haben wird. Der lehrreichen Abhandlung sind zwei nach Photographien hergestellten Abbildungen beigegeben, die die beiden Hauptformen der Krankheit (Lepros maligna und Lepros nervosa) sehr gut veranschaulichen.“

### Standesamtliche Nachrichten.

Son 2. März.

Heiraths-Ankündigungen. H. Sgl. Wagenmeister Richard Pelz, ev., in Sommerfeld, und Olga Sobona, kath.

Holteistraße 10. — Bahnarbeiter Ernst Kondziella, evang., — Bohrauerstr. 26, und Anna Müller, kath., Bahnhofsstr. 8. — Schiffsmaschinist Edward Ufer, kath., Weibendamm 3, und Ida Heremann, ev., hier. — Premier-Lieutenant a. D. Arthur Müchels, ev., Vohstr. 9, und Wittwe Emma Gölner, geborene Morgenthal, ev., Vohstr. 5. — Arbeiter Carl Jendrich, ev., Georgenstr. 19, und Ernestine Müller, ev., hier. — III. Tischler August Neumann, kath., Enderstr. 4, und Johanna Batke, kath., Große Dreilindengasse 12a. — Schriftsetzer Paul Galle, ev., Ottostr. 12, und Anna Bauer, ev., Hermannstr. 34. — Eisenbahnstationsgeliebte Waldemar Koehert, ev., Bergmannstraße 9, und Olga Fuhrmann, ev., Holteistraße 3.

**Eheschließungen.** I. Musiker Paul Bichsel, ev., mit Anna Gildner, kath., hier. — Lademeister Wilhelm Klose, ev., mit Anna Scheffler, ev., hier. — Postassistent Rudolf Hübn, ev., mit Bertha Pils, ev., hier. — Gelbgießer August Haude, evang., mit Hedwig Brückner, kath., hier. — Fleischermeister Reinhard Reinhold, ev., mit Rosina Reinhold, geb. Berger, ev., hier. — II. Wirtschaftsinспектор Reinhold Brückner, ev., in Prieten, Kreis Oels, mit Emma Voigt, evang., hier. — Haushälter Alfred Ruffner, ev., mit Martha Zukunst, ev., hier. — Schlossermeister Emil Mebne, ev., mit Martha Knorr, ev., hier. — Hansavorbote Fritz Müller, ev., mit Maria Wolf, ev., hier. — III. Cigarrenmacher Johann Gader, kath., mit Ida Weiskopf, ev., hier. — Tischler Paul Schneider, ev., mit Clara Weiskopf, kath., hier. — Schuhmacher Carl Nischling, ev., mit Marianna Feunig, kath., hier. — Lehrling Johann Pils, kath., mit Rosina Scholz, ev., hier.

**Geburten.** I. Buchhalter Martin Krug, ev., S. — Malermeister August Hannak, kath., S. — Tischler Josef Wilsch, kath., S. — Maschinenmeister Paul Jachmann, ev., S. — Straßenbahn-Conducteur Paul Streletzky, kath., S. — Kupferer Eduard Weigelt, ev., S. — II. Handelsmann Franz Franke, kath., S. — Hilfsweichenmeister Alois Greulich, kath., S. — Maler Max Zagawe, ev., S. — Secretär der Breslauer Brieger Juristenthums-Vandiamt Johannes Schaefer, ev., S. — Todtengräbermeister Gottlieb Stern, ev., S. — Kaufmann Adolf Epstein, jüd., S. — Glasermeister Julius Schrentraut, ev., S. — Erblauf Paul Kube, ev., S. — Regierungskleffer Paul Grunow, ev., S. — Gepäckträger Wilhelm Bräuer, ev., S. — Schuhmachermeister Josef Wagner, ev., S. — Kaufmann Emil Knöfel, ev., S. — Bäckermeister Berthold Steiner, kath., S. — Maurer Josef Klische, kath., S. — Arbeiter Hermann Lorenz, kath., S. — Premier-Gottlob Sonnabend, evang., S. — Maurer Paul Borte, kath., S. — Hausdiener Ernst Bower, ev., S. — Steinmetz Gustav Rittmann, ev., S. — Mechaniker Carl Müller, ev., S. — Ober-Post-Assistent Carl Band, ev., Sohn.

**Todesfälle.** I. Lucia, S. des Haushälters Albert Feder, 6 M. — Peni. Feuererheber Carl Günther, 77 J. — Bernhard, S. des Kaufmanns Otto Eichmann, 1 J. — Nachwächtermeister Anton Neumann, 44 J. — Erhard, S. des Konditionsträgers Ferdinand Roth, 7 J. — Bertha, S. des Modellschäfers Friedrich John, 1 J. — Premier-Wittwe Anna Hoja, geb. Siache, 44 J. — Zirkelweidenhau Emilie Perold, geb. Göblich, 75 J. — Rentant Julius Heber, 50 J. — Kurt, S. des Straßenbahn-Conducteurs Wilhelm Krügel, 3 Mon. — II. Catharina, S. des Tischlermeisters Josef Leuber, 10 J. — Badirer Johann Schwanerda, 52 J. — Hofschaffnerwitwe Anna Rosina Kähler, geb. Seidel, 73 J. — Gma, S. des Schlossers Albert Herzog, 4 Monate. — Commissionär Wilhelm Krug, 59 J. — Arbeiterfrau Ernestine Richter, geb. Famel, 41 J. — Kaufmann Richard Dittelmann, 24 J. — Rentier Carl Schürmann, 63 J. — Elise, S. des Steinmetz Johannes Portugall, 10 M. — Frieda, S. des Bureauarbeiters Paul Schumann, 3 J. 3 M. — Schmiedefrau Suzanne Schwarzer, geborene Hälzsch, 67 Jahre. — III. Fleischermeisterfrau Anna Herbig, geborene Hoffmann, 49 J. — Kurt, S. des Rentners Richard Knie, 1 J. — Josef, S. des Arbeiters Franz Stachewitz, 1 J. — Oscar, S. des Druckers Paul Gante, 1 M. — Erdbeerbändlersfrau Johanne Schirke, geb. Göblich, 2 J. — Bademeister's Witwe Amalie Ernst, geb. Konek, 7 J. — Magdalen, S. des Schuhmanns Johann Hebe, 1 J. — Barbara Pflr,

ohne besonderen Stand, 75 J. — Paul, S. des Tischlers Carl Ködner, 2 M. — Porzellanmalerswitwe Bertha Lübid geb. Fode, 67 J. — Maurersfrau Elisabeth Streicher, geb. Proked, 23 J. — Martha, S. des verst. Heizers Otto Bretschneider, 3 J. — Schneidergehilfe Romeo Joczwiakowski, 34 J. — Kaufmann Reinhold Grundmann, 63 J. — Schulmacher Wilhelm Schubert, 30 J. — Conrad, S. des Sattlermeisters Josef Rittner, 8 Mon. — Fritz, S. des Badirers Johannes Kattner, 2 M. — Kurt, S. des Malers Robe Danrethki, 6 M.

Vom 4. März.

**Geburten.** I. Geschäftsreisender Albert Brieje, ev., S. — Haushälter Franz Jockel, kath., S. — Brauereiarbeiter August Neumann, ev., S. — Haushälter Carl Thiel, kath., Zwillinge (S.). — Schneidermeister Lorenz Odaß, kath., S. — Kaufmann David Toduf, jüd., S. — Buchhalter Franz Matthiae, ev., S. — Schlosser Wilhelm Ondaß, kath., S. — Kaufmann Heinrich Nagel, ev., S. — Schneider Paul Kilian, kath., S. — II. Feuert. Josef Franke, kath., S. — Schuhmacher Carl Kunte, ev., S. — Güterbodenarbeiter Carl Gmisch, ev., S. — Maurer August Kottendorf, kath., S. — Kaufmann Albert Nelhaus, jüd., S. — Bäckermeister August Nabe, evang., S. — Kaufmann Otto Sotath, evang., S. — Maschinenmeister Ludwig Friedrichs, ev., S. — Maler Paul Schönfelder, kath., S. — Eisenbahnlademeister Gustav Frenze, ev., S. — Eisenbahn-Vaterneuwärter Ernst Tschen, ev., S. — Cigarrenmacher Robert Grzimecki, ev., S. — Kanzen Diätar August Lehner, ev., S. — III. Arbeiter Herman Weber, ev., S. — Maurer Franz Schöpe, kath., S. — Arbeiter Max Jelsch, kath., S. — Klempner Julius Wöster, kath., S. — Schmied Eduard Reier, kath., S. — Zimmermann Friedrich Neumann, ev., S. — Maurer Carl Pfler, kath., S. — Arbeiter Ernst Sachwit, ev., S. — Schieferdecker Ferdinand Menzel, ev., S. — Arbeiter Georg Radwit, ev., S. — Haushälter Wilhelm Schäfer, ev., S. — Schneidermeister Paul Fischer, evang., S. — Arbeiter Heinrich Weiß, evang., Sohn.

**Todesfälle.** I. Arbeiterin Anna Bernert, 35 J. — Dienstmädchen Martha Pocha, 20 J. — Selma, S. des Schuhmachers Josef Threiner, 4 J. — Dienstmädchen Minna Schmidt, 15 J. — Schlosser Ferdinand Bartsch, 59 J. — Alfred, S. des Locomotivführers Wilhelm Mahn, 4 M. — Früherer Maschinenführer Carl Bernert, 69 J. — Max, S. des Seilers Carl Pöste, 7 M. — Paul, S. des Maurers Paul Schütz, 5 J. — Arthur, Sohn des Kupferschmieds Franz Gleisner, 1 J. — Ernst, S. des Straßenbahn-Conducteurs Paul Streletzky, 2 J. — Schneider Josef Kuropta, 30 J. — Verwitwete Zimmermannsrau Luise Malide, geb. Nitzsche, 46 J. — II. Maria, S. des Arbeiters Carl Meisel, 1 J. — Schuhmachermeisterwitwe Sophie Kowal, geb. Schnapfe, 59 J. — Alfred, S. des Arbeiters Paul Hollmann, 18 J. — Mehlhändler Robert Nitzmann, 71 J. — Hedwig, S. des Schmieds Leo Walochnik, 1 J. — Curt, S. des Weichenstellers Heinrich Klante, 9 M. — Steinarbeiterfrau Martha Wächler, geb. Wagner, 64 J. — Victor, S. des Privatbriefträgers Victor Pollack, 5 M. — Georg, S. des Steuerassistenten Udo Vinde, 7 M. — Kaufmann Johann Andreas Bod, 88 J. — Reichsbank-Secretär a. D. Carl Reimann, 78 J. — Arbeiter-Wittwe Johann Nitzsche, geb. Kuste, 70 J. — Rentier Louis Hamburger, 60 J. — Actuar-Wittwe Christiane Schambora, geb. Grabowski, 55 J. — Frieda, S. des Bauunternehmers Otto Kusche, 4 M. — Rittergutsbesitzer David Kempner, 71 J. — Anstalts-Inspektor-Wittwe Lina David, geb. Henrici, 52 J. — III. Pfarrer Valentin Gregorowicz aus Lenkow, Kreis Ostrowo, 40 J. — Ziegeleibesitzerwitwe Marie Vanded, geb. Göblich, 74 J. — Buchhalter August Martin, 51 J. — Curt, S. des Tischlers Franz Krizgan, 1 J. — Ewald, S. des Schlossers Carl Kiese, 7 Mon. — Maria, S. des Schuhmachermeisters Josef Christ, 1 J. — Arbeiterwitwe Rosalie Dreßler, geborene Dreßler, 74 J. — Hauptlehrer a. D. Guido Hentchel, 75 Jahre. — Nähterin, Heilvitalin Bertha Hiller, 75 Jahre.

### Stadt-Theater.

Dienstag: „Die Hochzeit des Figaro“. Mittwoch: „Kabale und Liebe.“

### Lobe-Theater.

Dienstag: „Die Kille Wabe“. Fernand's Ehecontract. Mittwoch: Dieselbe Vorstellung. In Vorbereitung: Aus Berlin W.

### Victoria-Theater

(Kammeroper-Theater.) Täglich: Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

### Max Sander,

Breslau, Krupenstr. 58/59. 3446

### Julius Philipp's

Buchbinder, Gelb- und Schwarzdruckerei. Einmalige Anfertigung von jeder beliebigen Beschriftung. [2975] Friedrich-Wilhelmstr. 51. Besizer Jakob u. Volkmar Hagedorn.

### Soziald. Arbeiter-Verein Breslau-Land (Neumarkt).

Die jährigen Mitglieder werden aufgefordert, die verfallenden Beiträge an Kassirer Reull, Hapselwitz, Chaussee 53 abzuliefern, widrigenfalls sie gestrichelt werden. Der Vorstand.

**Für Vereine!**  
Artikel, wie: **Conquerte**, Duquet von 50 Pf. an.  
**Colillon-Orden**, Duquet von 20 Pf. an, **Aufschreibesra.**  
Duquet von 10 Pf. an.  
**Einladungskarten** mit Gumbel von 1 Pf. an.  
sowie sämtliche Druckfachen in eigener Druckerei schnell und billig.  
**Postkappen-Fabrik.**  
**A. Wollmann, Breslau, Nicolaitstr. 16.**



**Confermanden-Schuh u. Stiefel**  
für Knaben und Mädchen  
in größter Auswahl  
zu billigen Preisen  
**Ludwig Herz,**  
Elücherplatz 4, neben der  
Kasseler Apotheke

**Das Bernhard Freund'sche**  
**Concurswaarenlager**  
wird täglich von Vormittag 9-12 Uhr und Nachmittags 3-6 Uhr  
**Carlstraße 26, im Hofe 1 Treppe**  
ausverkauft. Das Lager besteht aus:  
**Kleiderstoffen, Leinen, Baumwollwaaren, Tischzeugen, Gardinen und Möbelstoffen.**  
**Großes Lager**  
**Bäckerconfection, Arbeiter-Hemden, Blousen und Schürzen.**  
Für Händler aussergewöhnlich vortheilhafte Parthien.

**Vereins-Kalender.**  
Breslau.  
Central-Verband der  
Maurer-Deutschlands (Rahl-  
belle Breslau). Jeden Mittwoch  
nach dem 1. Mitglieder-Versammlung  
Abends 8 Uhr bei Carref  
Ritterplatz Nr. 9.  
Quarrett-Verein der Töpfer  
„Humanität“. Jeden Mittwoch  
von 8 $\frac{1}{2}$ -10 $\frac{1}{2}$  Uhr: Uebung-  
stunde im Vereins-Saal, Ludwig-  
straße 3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Localverband Breslauer  
Lagezierer-Gehilfen. Jeden  
Mittwoch Vereins- u. Rassenabend im  
Edlich's Brauerei, Neumarkt 8. —  
Aufnahme neuer Mitglieder. — Der  
Arbeitsnachweis jeden Abend von  
3-9 außer Sonn- und Feiertag.